

Argumentarium zur Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen

Worum geht es?

Die Volksinitiative für ein «Bedingungsloses Grundeinkommen» ist am 7. November 2013 mit 126'408 gültigen Unterschriften offiziell zustande gekommen. Die Volksinitiative sieht vor, dass alle Bürger der Schweiz pro Monat und pro Person ein Grundeinkommen erhalten - bedingungslos. Dieses Grundeinkommen soll monatlich an alle Erwachsene ausbezahlt werden. Die Kinder sollen gemäss Volksinitiative rund ein Viertel des Grundeinkommens erhalten. Obwohl der Initiativtext keine Höhe des Einkommens festlegt, gehen die Initianten davon aus, dass das Grundeinkommen ungefähr 2500 Franken sein wird. Für Kinder wird der Betrag von 625 Franken genannt.

Das sagen die Initianten

- **Arbeit ohne Zwang**
Die Initiative befreit die Arbeit vom Zwang, weil niemand mehr Angst um seine Existenz haben muss. Unentgeltliche Familienarbeit und freiwilliges Engagement werden damit aufgewertet.
- **Soziale Sicherheit für alle**
Das System der sozialen Sicherheit geht davon aus, dass eine Integration oder Wiederintegration in den Arbeitsmarkt angestrebt werden soll. Diese Integrationsbemühungen kosten viel Geld. Die Erfahrung in der Praxis zeigt jedoch, dass diese in vielen Fällen nicht erfolgreich sind und auch nicht sein können. Denn der heutige Arbeitsmarkt ist nicht in der Lage, all jene aufzunehmen, die aus unterschiedlichsten Gründen die erforderlichen Leistungen nicht erbringen können und denen es an der notwendigen Qualifikation fehlt. Es ist die moralische und rechtliche Pflicht der Gesellschaft, diesen Teil ihrer Mitglieder mitzutragen. Die Initiative stärkt diese soziale Sicherheit für alle.
- **Entstigmatisierung von Personen mit Hürden**
Das bedingungslose Grundeinkommen führt zur Entstigmatisierung der Personen, die aufgrund gesundheitlicher oder anderer Schwierigkeiten nicht so viel arbeiten können, wie es die Gesellschaft im heutigen System erwartet.
- **Konsum- statt Einkommenssteuer**
In der heutigen Zeit der globalen «Fremdversorgung», wo Selbstversorgung kaum mehr möglich ist und jeder fast ausschliesslich von den Leistungen anderer lebt, ist es sinnvoll, die Steuer nicht mehr in der Herstellung, sondern an der Stelle des Kaufs und Verbrauchs von Gütern und Dienstleistungen in Form einer Konsumsteuer zu erheben. Steuern anhand des Einkommens zu erheben ist deshalb nicht mehr zeitgerecht. Das bedingungslose Grundeinkommen ist somit modern und zeitgemäss.

Das sagen die Gegner

- **Sozialen Zusammenhalt nicht in Frage stellen**
Der soziale Zusammenhalt in der Schweiz beruht auf dem Verständnis, dass nur Personen eine finanzielle Unterstützung in Form von Sozialversicherungs- oder Sozialhilfeleistungen erhalten, welche nicht in der Lage sind, ein genügend hohes Erwerbseinkommen zu erzielen. Mit dem bedingungslosen Grundeinkommen erhielten alle Bürgerinnen und Bürger eine Leistung vom Staat, ohne einen Beitrag an die Gesellschaft leisten zu müssen. Die Solidarität wird somit in Frage gestellt. Das ist abzulehnen.
- **Soziale Sicherheit nicht gefährden**
Damit sich die Situation der einzelnen Haushalte durch ein Grundeinkommen nicht verschlechtern würde, müssten weiterhin finanzielle Leistungen, sowie die Beratung und Begleitung der Leistungsbeziehenden aufrechterhalten werden. Das System der sozialen Sicherheit würde somit nicht vereinfacht sondern wäre aufgrund der Kosten sogar gefährdet.
- **Wiedereingliederung nicht verunmöglichen**
Die heutige Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, die Menschen möglichst (wieder) in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Dieser Grundsatz würde durch das Grundeinkommen in Frage gestellt und in vielen Fällen verunmöglicht, da der finanzielle Anreiz für eine (Wieder-)Eingliederung stark reduziert würde.
- **Fachkräftemangel nicht noch verschärfen**
Bei einem garantierten Grundeinkommen von 2500 Franken wäre es für verschiedene Personengruppen finanziell nicht mehr lohnend, erwerbstätig zu sein. Dies gilt insbesondere für Tieflohnbeziehende und Teilzeitarbeitende, somit vor allem für Frauen. Aber auch für Gutverdienende würde der Arbeitsanreiz wegen der hohen Steuerbelastung sinken. Das derart reduzierte Arbeitsvolumen hätte auch eine geringere volkswirtschaftliche Wertschöpfung zur Folge. In einer Zeit von Fachkräftemangel wäre dies eine kontraproduktive Entwicklung.
- **Nein zu Milliardenloch und massiven Steuererhöhungen**
Im Jahr 2012 hätte das bedingungslose Grundeinkommen 208 Milliarden Franken gekostet. 55 Milliarden Franken hätten aus bestehenden Leistungen der sozialen Sicherheit umgelagert werden können und 153 Milliarden Franken hätten als zusätzliche Steuern erhoben werden müssen. Dies entspricht mehr als einem Viertel des Bruttoinlandprodukts. 128 Milliarden Franken müssten über Steuern auf bestehendes Erwerbseinkommen abgeschöpft und 25 Milliarden Franken durch weitere Steuern und Abgaben abgedeckt werden.

Empfehlung

- Bundesrat und Parlament empfehlen die Initiative ohne direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung. Der Nationalrat lehnt die Vorlage in der Schlussabstimmung mit 157 zu 19 Stimmen bei 16 Enthaltungen ab, der Ständerat mit 40 zu 1 Stimmen bei 3 Enthaltungen.
- Die CVP lehnte die Initiative in beiden Räten ab.